

54,4%, Erdölzeugnisse 19,1%, Erdgas 0%. Durch Wasserkraft erzeugte Elektrizität 26,5%. Im Jahre 1954 dagegen: Kohle 23,4%, Erdöl 35,4%, Erdgas 10,2%, durch Wasserkraft erzeugte Elektrizität 31%.

Es kann keine Frage sein, daß die Entdeckung eigener Olvorkommen für ein rohstoffarmes Land wie Italien eine aussichtsreiche Entlastung der Zahlungsbilanz bedeutet. Im Jahre 1954 betrugen die Ausgaben für Erdöleinfuhren 183 Milliarden Lire. Wenn man davon die Ausfuhr von Olerzeugnissen und -Derivaten abzieht, bleibt immer noch ein Passivsaldo von 73 Milliarden Lire.

Im Oktober 1953 stießen Bohrungen im Gebiete von Ragusa in einer Tiefe von 2100 Metern auf Erdöllager. Es werden dort jetzt täglich 400 Tonnen Rohöl gewonnen. Das Lager wird auf einen Vorrat von 200 Millionen Tonnen geschätzt. Ein weiteres Lager wurde bei Alanno entdeckt, das die Förderkapazität von ebenfalls 400 Tonnen täglich zu haben scheint. Auch an anderen Orten wurde schon mit Erfolg gebohrt. Wenn diese Vorkommen einmal richtig ausgenützt werden und dem Land zur Verfügung stehen, hofft man, nicht nur von Oleinfuhren unabhängig zu werden, sondern vielleicht sogar zu einem gewissen Export zu kommen.

Diese rosigen Hoffnungen hängen jedoch sehr davon ab, ob es gelingt, durch eine kluge Gesetzgebung die Früchte des Ölsegens auch wirklich dem Lande zu sichern. Eine solche Gesetzgebung wird deswegen nicht leicht sein, weil viel ausländisches Kapital beteiligt ist, z. B. sind die Ölkonzessionen zu Ragusa und Alanno, die bis jetzt am ergibigsten sind, einer Gesellschaft gegeben worden, die mit dem internationalen Ölkartell verbunden ist und von ihm kontrolliert wird. Das heißt: Bestimmenden Einfluß auf die italienische Ölwirtschaft haben landfremde Kapitalmächte. Es sind die gleichen Mächte, die den Erdölmarkt in Amerika, Europa und einen großen Teil Asiens kontrollieren und bisher die Preise ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Möglichkeiten der europäischen Absatzgebiete diktiert haben. (*Aggiornamenti sociali*, Januar 1956, S. 1 ff.)

*Einigung des spanischen Zentralamerikas.* Nach der Unabhängigkeitserklärung der früheren spanischen Gebiete Amerikas 1821 bildete sich 1823 eine Mittelamerikanische Union, die sich aber 1838 bzw. 1839, besonders durch die Tätigkeit von R. Carrera von Guatemala, auflöste. Mit der Selbständigkeit erklärten aber alle Staaten, Nicaragua, Honduras, Costa Rica, Guatemala und El Salvador, daß man unter anderen Voraussetzungen wieder einen Bundesstaat bilden wollte. Nachdem die dahingehenden Bemühungen 1840 gescheitert waren, kam es in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts zu zahlreichen Einzelverträgen und Gesamtkongressen, die zum Teil (1907, 1922) in Washington abgehalten wurden. Ein eigentlicher Bund kam erst am 14. Oktober 1951 zustande, der zwar den einzelnen Staaten ihre Selbständigkeit sichert, aber einen freundschaftlichen Austausch der Gedanken, Pläne und Maßnahmen vorsieht und eine eigentliche Einigung durch „stärkere rechtliche, wirtschaftliche und kulturelle Maßnahmen“ vorbereitet. Das Gefühl, ein Volk zu sein, scheint noch weithin in den fünf Staaten vorhanden zu sein. Ihm entspricht — als vielleicht noch wirksamere Kraft — der Einfluß, der, in Ergänzung der von oben her tätigen Zusammenkünfte der Politiker und Staatsmänner, von unten durch die Presse ausgeht. Zeitschriften, wie die *Estudios Centro-Americanos*, die 1944 zuerst als Altschülerzeitschrift des Jesuitenkollegs San José in San Salvador erschienen, sich 1946 dann den neuen Namen gaben und ein neues Ziel setzten, arbeiten daran, die religiösen, kulturellen, wirtschaftlichen und sozialen Fragen von ganz Mittelamerika zu behandeln. Da durch die modernen Verkehrsmittel der geistige und wirtschaftliche Austausch viel leichter geworden ist, wird das Bewußtsein der Gemeinschaft der Nöte der Freistaaten und ihrer Lösungen von Tag zu Tag stärker. Dabei erweisen sich die Geschichte, die Sprache, die Religion als die wichtigsten Gegebenheiten, die auch eine stärkere politische Annäherung nahelegen.